Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.
Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38 v. Vorm. 8–3 Uhr Nachm. Sonntags v. Vorm. 11–½1 Uhr Mitt. In Neustadt: Gr. Meißnerg. 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile kostet 8 Silben 15 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.; Doppelzeile „unterm Strich" (eingesandt) 40 Pfg. Grundzeile für Montage oder nach Festtagen 20 Pfg. Für Familiennachrichten 2c. bes. 20 Pfg. nach besonderem Tarif.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an.
Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang. Dresden, 1897.

Julius Beutler, Dresden, **Wallstr. 15,**
empfiehlt in grösster Auswahl:
Eiserne Oefen und **Herde, Haus-, Küchen-** und **Landwirthschafts-Geräthe.**

Hugo Borack
Hoflieferant
Altmarkt
(Ecke der Seestrasse 1).
Bade-Anzüge
Bade-Mäntel
Bade-Tücher
Bade-Hosen
Reise-Artikel

Strand-Hüte
Reise-Hüte in neuesten Modellen
empfiehlt das Putz- und Modewarenhaus
C. Heinrich Barthel, Waisenhausstr. 30.
Eigenes Fabrikat. ✱ Fernsprecher 3390.

Gewissenhaft, mässige Preise.
Patent-Bureau Reichelt, Dresden-N. Hauptstr. 4
Erwirkg. und Verwerthung in all. Staaten, Marken-, Muster- und Gebrauchs-Muster-Schutz.
Musterausstellung
Auskunft kostenlos.
Telegr. Amt II, Nr. 20
Inhaber: **Emil Reichelt,** Ing. u. Patent-Anw.

Mineralwässer,
künstliche und natürliche, garantirt diesjährige Füllung. Im inneren Stadtkreise freie Zusendung, nach ausserhalb prompt unter niedrigster Verpackungs-Spesenberechnung.
Königl. Hofapotheke, Dresden,
Georgenthor, und **Pillnitz.**

Dresdner Vernickelungs-Anstalt von Otto Büttner, **Falkenstrasse 1—3 (Hofgebäude).**

Nr. 181. Spiegel: Vereinsgesetznovelle im Herrenhaus. Hofnachrichten, Freiherr von Burgk †, Turnfest, Ortskrankenkassen, Maypen-Fest, Flora. Gerichtsverhandlungen. | Muthmaßliche Witterung: Ungünstiger Umschlag. | **Freitag, 2. Juli.**

Politisches.

Das preußische Herrenhaus arbeitet in der Frage der Vereinsgesetznovelle mit der Zuverlässigkeit eines gesetzgeberischen Präcisionsuhrwerks, eine seltene Erscheinung in unseren parlamentarischen Tagen, deren Charakteristikum sonst im Allgemeinen eine epische Breite der Verhandlungen und das Nichtsflecken der positiven Arbeit zu sein pflegt. Mit musterhafter Schnelligkeit und Gründlichkeit zugleich hat die erste preußische Körperschaft die erste Berathung der Vorlage in die Hand genommen, die Kommission gewählt, ist im Verlauf weniger Tage in den Besitz der Kommissionsbeschlüsse gesetzt worden und hat bereits am Mittwoch den Entwurf der Kommission mit großer Mehrheit angenommen. Aus der Verhandlung sind drei Momente hervorzuheben, die besonders markant in die Erscheinung traten: Die Haltung der Regierung, die gegensätzliche Stellung des Reichstags zu den Einzellandtagen in der vorliegenden Angelegenheit und die Stellungnahme des gemäßigten Liberalismus zu der Novelle.

Der Minister des Innern, Frhr. v. d. Recke, sagte im Eingange seiner Erklärung zu der Sache, die Königl. Staatsregierung verhehle sich nicht, daß nach ihrer Auffassung es „an sich" am Geeignetsten und Richtigsten gewesen wäre, zu dem erstrebten Zwecke die Reichsgesetzgebung in Anspruch zu nehmen. Wenn sie diesen Weg nicht eingeschlagen habe, so sei das in der „wohl von allen Seiten als zutreffend anerkannten" Erwägung geschehen, daß dieser Weg unter den jetzigen Umständen zu einem befriedigenden Ergebniß nicht geführt haben würde. Die Königliche Staatsregierung sei also eigentlich gegen ihren Willen auf den Weg der Landesgesetzgebung gedrängt worden! Der Umstand, daß der preußische Herr Minister des Innern ein so schwerwiegendes Geständniß anscheinend ganz leichten Herzens abzulegen vermochte, ist überaus bezeichnend für den Mangel an scharfer Auffassung über die eigentlichen höheren Pflichten einer Regierung, der die tiefere Ursache aller unserer Verlegenheiten bildet. Wie in aller Welt darf sich denn eine starke Regierung in einem „bis auf die Knochen" monarchischen Staate irgend wohin „drängen" lassen, wohin sie nach ihrer gewissenhaften und pflichtmäßigen Ueberzeugung nicht gehen will, weil das Interesse der allgemeinen Wohlfahrt es nicht erlaubt? Wie eine beißende Satire auf Alles, was man gemeiniglich unter staatlicher Autorität versteht, lesen sich jene Worte des Frhrn. v. d. Recke. Was wird wohl der Alte im Sachsenwalde dazu sagen? Hätte es zu seiner Zeit wohl vorkommen können, daß eine nichtnationale Reichstagsmehrheit ihm vorschreiben durfte, was er zu thun und zu lassen habe, wenn sein patriotischer Entschluß einmal gefaßt und sein eiserner unbeugsamer Wille sich klar bewußt war, was geschehen mußte, um die heiligen Güter der Nation im Bedrohungsfalle von dieser oder jener Richtung her zu schützen? Zum Ueberfluß gab der Minister im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen auch noch zu erkennen, daß die Regierung nach wie vor an der Auffassung festhalte, der von ihr betretene Weg des gemeinen Rechts verdiene den Vorzug vor der Gestaltung, die die Regierungsvorlage in der Kommission des Herrenhauses erhalten habe. Also auch hier wieder ein Preisgeben der eigenen Ueberzeugung, wenn trotzdem zum Schlusse die Bereitwilligkeit der Regierung zugestanden wird, ihre „Bedenken" zurücktreten zu lassen und die nach den Beschlüssen der Kommission angenommene Vorlage des Herrenhauses dem Abgeordnetenhause „zur Annahme zu empfehlen". Muß es schon unter allen Umständen als zweifelhaft erscheinen, daß eine Regierung, die sich in einer so bedeutsamen Frage von einem Schritte zum anderen „drängen" läßt, statt von vornherein eine unabänderliche Initiative zu ergreifen, für die ihr mühsam abgerungene Haltung nun plötzlich den ganzen Nachdruck einer unwiderstehlichen Aktionskraft einsetzen werde, so geben die matten Worte des Ministers, er werde die Herrenhausvorlage „zur Annahme empfehlen", einen leider ziemlich zuverlässigen Anhalt dafür, daß die Entfaltung einer besonderen Energie gegenüber dem Abgeordnetenhause regierungsseitig nicht beabsichtigt sei: zunächst wenigstens nicht, wird man freilich vorsichtiger Weise hinzusetzen müssen. Denn man kann nicht recht wissen, welche Schwankungen und Wandlungen in dieser bisher schon so seltsam und vielgestaltig verlaufenen Angelegenheit über Nacht noch eintreten können. Einstweilen gilt es in den Kreisen des Abgeordnetenhauses als sicher, daß die preußische Regierung sich thatsächlich auf eine nur platonische „Empfehlung" der Herrenhausvorlage beschränken und dann, wenn mit Hilfe der Nationalliberalen die Vorlage zu Fall gebracht sei, einfach die Session schließen werde, ohne die Auflösung des Abgeordnetenhauses zu verfügen, eine Maßregel, die nach Allem, was vorausgegangen ist, im Falle der Ablehnung der Vorlage ganz unvermeidlich sein würde, wenn auch nur eine Spur von wenigstens nachträglicher Folgerichtigkeit bei der Regierung vorhanden wäre. Die jetzige üble Lage der preußischen Regierung in Sachen der Vereinsgesetznovelle ist ein drastischer, eindrucksvoller Beweis dafür, wie unbedingt nöthig es ist, daß eine zielbewußte Staatsgewalt in einer bedeutsamen politischen Aktion gleich von vornherein den richtigen Weg findet und sich dann in der weiteren Entwickelung der Sache von ihm durch nichts abdrängen läßt, sondern mit unerbittlicher Energie bis an's Ziel vordringt. In diesem besonderen Falle hätte die preußische Regierung sich erst mit dem Herrenhause verständigen müssen, ehe sie ihre Vorlage im Abgeordnetenhause einbrachte. Dann aber hätte der Kampf um den Entwurf auch mit allen Mitteln zu Ende geführet werden müssen. Wie die Dinge jetzt liegen, ist nicht zu verkennen, daß auch die schließliche Nachgiebigkeit der Regierung zu Gunsten der Zedlitz'schen Anträge den allgemeinen Eindruck der Schwächung ihres Ansehens nicht zu verwischen vermag.

Der Berichterstatter Graf Udo zu Stolberg-Wernigerode bedauerte, daß in der Frage der Vereinsgesetznolle eine Meinungsverschiedenheit zwischen Herrenhaus und Abgeordnetenhaus hervorgetreten sei, und war der Ansicht, daß die beiden preußischen gesetzgebenden Faktoren sich zusammenschließen müßten, um dadurch die Position der Regierung auch dem Reichstage gegenüber zu stärken. Die in den Worten des Grafen Stolberg vertretene Auffassung wird in einem Theil der links stehenden Presse zum Theil außerordentlich heftig bekämpft. Auch die „Köln. Ztg." geht scharf dagegen in's Zeug, indem sie auf die angeblichen Folgen verweist, die ein Vereinsgesetz nach Maßgabe der freikonservativen Anträge für die Preußen benachbarten Staaten haben würde. Das Blatt hält es für „selbstverständlich", wenn in Preußen künftig die sozialdemokratischen und anarchistischen Vereine und Versammlungen nach den Zedlitz'schen Vorschlägen behandelt würden, daß alsdann die größere Mehrheit der Wortführer dieser Vereine und Versammlungen in die kleineren deutschen Staaten getrieben würde, „in denen solche Maßregeln nicht durchführbar seien!" Diese Regierungen würden dann von Animosität gegen Preußen erfüllt werden und das Ende vom Liede wäre dann ein Erstarken der partikularistischen Strömung. Der partikularistische Popanz muß allemal herhalten, wenn der preußischen Opposition irgend etwas nicht in den Kram paßt. Sollte der von dem rheinischen Blatte gesetzte Fall wirklich eintreten, so würden die außerpreußischen Staaten, soweit sie nicht etwa im Lieber-Richterschen Sinne regirt, unzweifelhaft alsbald ebenfalls gegen die Sozialdemokratie einschreiten, was im nationalen Interesse nur erwünscht sein könnte. Vielleicht aber paßte sich dann auch die gesammte reichstreue Wählerschaft zu einem energischen Vorstoße auf und entsendete in den Reichstag eine Mehrheit, die den bisherigen Widerstand gegen den Erlaß eines Reichsgesetzes nach der in Frage kommenden Richtung beseitigte. Dann wäre ja gleich allen Beschwerden abgeholfen. Auf keinen Fall kann bei dem gänzlichen Versagen der Reichsgesetzgebung den Einzelstaaten das Recht bestritten werden, sich in der Zwischenzeit bis zum Erlaß eines Reichsgesetzes auf eigene Hand der sozialdemokratischen Gefahr zu wehren. Von „Partikularismus" und Gefahr für die Reichseinheit ist dabei gar keine Rede.

Die Hoffnungen, die von den Befürwortern des Kommissionsentwurfs im Herrenhause an eine Sinnesänderung der Nationalliberalen bei der in 3 Wochen bevorstehenden Berathung des Abgeordnetenhauses ausgesprochen wurden, scheinen vorläufig wenig begründet zu sein, wenn man nach der letzten Kundgebung der „Nat. Korr." und den Beschlüssen nationalliberaler Vereine im Lande urtheilen darf. Darnach scheint es allerdings ganz sicher zu sein, daß bei der Abstimmung kein anwesendes Mitglied der nationalliberalen Partei für den Entwurf stimmen werde. Es dürfte also darauf ankommen, wie hoch sich die Präsenzziffer der Nationalliberalen an dem entscheidenden Sitzungstage belaufen wird. Objektiv betrachtet, könnten übrigens die Nationalliberalen trotz der Hobrecht'schen Erklärung ruhig für die freikonservativen Anträge stimmen. Denn die Partei hat sich doch nur verpflichtet, bedingungslos gegen jede weitere Verschlechterung des allgemeinen Vereinsrechts zu stimmen. Das schließt aber keineswegs aus, daß die Nationalliberalen ihre Zustimmung zu einem Sondervorgehen gegen die Sozialdemokratie geben. Da gerade dieser Zweck von den Zedlitz'schen Anträgen verfolgt wird, so sollte man doch meinen, es müßte für die Nationalliberalen nicht allzu schwer sein, von ihrem Standpunkt eine Brücke zu der Auffassung der Herrenhausmehrheit hinüberzuschlagen.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 1. Juli.

* **Paris.** Kammer. Bei der Berathung der Bankvorlage wurde der Antrag Pelletan, welcher die Bank verpflichtet, für den Mobilmachungsfall der Regierung den Kassabestand, das Emissionsrecht und alle nöthigen Hilfsmittel zur Verfügung zu stellen, nach einer beruhigenden Erklärung des Ministerpräsidenten Méline mit 306 gegen 231 Stimmen abgelehnt. Hierauf nahm die Kammer das ganze Bankgesetz mit 400 gegen 97 Stimmen an.

Berlin. Im „Reichsanzeiger" wird amtlich bekannt gegeben, daß dem Staatssekretär des Innern Staatsminister Dr. v. Bötticher die nachgesuchte Dienstentlassung ertheilt und derselbe von der allgemeinen Stellvertretung des Reichskanzlers entbunden ist, sowie daß der bisherige Staatssekretär des Reichsschatzamts Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner zum Staatssekretär des Innern und der Generallieutnant z. D. v. Boddielski zum Staatssekretär des Reichspostamts, ferner daß der Staatssekretär des Innern Graf Posadowsky mit der allgemeinen Vertretung des Reichskanzlers nach Maßgabe des Gesetzes vom 17. März 1878 beauftragt worden ist. Gleichzeitig wird im „Staatsanzeiger" bekannt gegeben, daß dem Vicepräsidenten des preußischen Staatsministeriums Staatsminister Dr. v. Bötticher die nachgesuchte Dienstentlassung unter Belassung des Ranges und Titels eines Staatsministers ertheilt, sowie daß der Finanzminister Dr. v. Miquel zum Vicepräsidenten des Staatsministeriums und der Staatssekretär des Innern Graf Posadowsky zum Staatsminister und Mitgliede des Staatsministeriums ernannt worden ist.

Berlin. Fürst Bismarck befindet sich nach den „Hamb. Nachr." zur Zeit verhältnißmäßig wohl, geht viel spazieren und unternimmt täglich Ausfahrten; nur ist er auch jetzt nicht frei von Gesichtsschmerzen, die zeitweilig so heftig auftreten, daß das Sprechen außerordentlich erschwert wird. Wenn er seinem Wunsche folgen dürfte, würde er gern diesen Sommer nach Varzin gehen; aber die Anstrengung der Reise wird wohl die Erfüllung des Wunsches verhindern. — Der Präsident des Reichsversicherungsamts Dr. Bödiker nannte bei der Verabschiedung des Personals des Reichsversicherungsamts den anwesenden Direktor Gübel seinen verehrten Freund, von dem er hoffe und wünsche, daß er sein Nachfolger werde. — Aus Mailand wird gemeldet, das deutsche Kaiserpaar beabsichtige, in der zweiten Septemberhälfte die internationale Kunstausstellung in Venedig zu besuchen, wobei wahrscheinlich eine Zusammenkunft mit der italienischen Königsfamilie stattfinden werde. — Wie aus London berichtet wird, wurde Prinz Friedrich August von Sachsen von der Königin Victoria während der Jubiläumsfeierlichkeiten mit besonderer Aufmerksamkeit behandelt.

Berlin. Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt bezüglich der Ernennung des Generals v. Podbielski zum Staatssekretär des Reichspostamts: In einer großen Verwaltung würde es sich als nützlich erweisen, wenn von Zeit zu Zeit an Stelle einer im regelmäßigen Gange der Beförderung herangekommenen Persönlichkeit ein Mann an die Spitze tritt, der in mancherlei anderen Arbeitszweigen sich umgesehen hat, neue Gesichtspunkte mitbringt und unvoreingenommen die bisherige Geschäftsmethode betrachtet. Es würde für Deutschland nicht ohne Nutzen sein, wenn wir die Anschauung, daß eine Person in hoher leitender Stellung den Dienst von unten herauf in demselben Verwaltungszweige gemacht haben müsse, nach dem Beispiele vorgeschrittener Kulturländer wie England und Frankreich korrigiren würden. Die Vertrautheit mit allen technischen Einzelheiten einer Verwaltung kann nicht als ein unumgänglich nothwendiges Erforderniß angesehen werden. Wie unmöglich wäre es sonst, Minister zu finden, von denen die meisten sich in wesentliche Abtheilungen ihres Amtes erst hereinarbeiten müssen; im Gegentheil, in gewissem Sinne kann gesagt werden, daß nothwendige Reformen besser durch Neulinge, falls sie nur über das nöthige Quantum von Geist und Wissen verfügen, als durch die Männer der traditionellen Praxis besorgt werden. Diese Erfahrung hat man überall gemacht, selbst in Fächern, die eine besondere technische Befähigung und Erfahrung erfordern. Was nun das Reichspostwesen im Besonderen betrifft, so sind in der Centralverwaltung derselben so hervorragende Kräfte vorhanden, daß man mit aller Sicherheit auf einen ruhigen ungestörten Gang der Geschäfte rechnen darf. Es ist daher völlig unverständlich, wie man sich so erstaunt zeigen kann über die in Rede stehende Ernennung und wie man sogar dem Reichskanzler die Gegenzeichnung des Ernennungsdekrets zum Vorwurf machen kann. Das Mindeste, was man verlangen muß, ist, daß man die Erfahrung abwartet. Wir zweifeln nicht, daß die voreiligen Urtheile von heute sich richtig stellen werden. — Der „Nordd. Allg. Ztg." zufolge treffen die in den Blättern über den künftigen Staatssekretär des Reichsschatzamts mitgetheilten Vermuthungen nicht zu. — Aus Baden wird bestätigt, daß der dortige Präsident des Finanzministeriums Dr. Buchberger die ihm angebotene Stelle des Reichsschatzsekretärs abgelehnt habe. Als Anerkennung dafür wurde ihm vom Großherzog das Großkreuz des Ordens vom Zähringer Löwen verliehen. — Die durch die Blätter gehende Nachricht, nach welcher ein Besuch des Kaisers bei dem Fürsten Hohenlohe in Schillingsfürst in Aussicht genommen sein soll, wird offiziös dementirt. — Im „Zoologischen Garten" fand gestern unter großer Betheiligung ein Festessen zu Ehren des heute aus seinem Amte scheidenden Präsidenten Dr. Bödiker statt, an welchem Mitglieder des Bundesraths, des Reichsversicherungsamts und Vertreter der Berufsgenossenschaften und der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalten aus allen Theilen des Reichs Theil nahmen. Es wurde u. A. ein Huldigungstelegramm an den Kaiser als Hort des sozialen Friedens abgesandt, das die begeisterste Zustimmung der Versammelten fand.

Berlin. Der Kaiser begiebt sich Freitag Vormittag auf der „Hohenzollern" nach Travemünde und gedenkt Montag früh von dort nach Norwegen weiter zu reisen. Gegen Ende des Monats wird er von dort zurück erwartet. Die Reise nach Peterhof erfolgt voraussichtlich zur See in Begleitung des Panzergeschwaders. Für den Aufenthalt in Peterhof sind vier Tage in Aussicht genommen, so daß die Rückkehr des Kaisers gegen den 9. August erwartet wird. Fürst Hohenlohe kehrt im letzten Drittel des Juli nach Berlin zurück, und geht Anfang August zu Lande nach Peterhof.

Friedrichsruh. Der Großherzog von Sachsen-Weimar ist heute Mittag hier eingetroffen; er wurde vom Fürsten Bismarck in Kürassier-Uniform empfangen. Er fuhr bis zum Eingange des Schlosses, wo der Fürst den Großherzog herzlich begrüßte.

Friedrichsruh. Der Großherzog von Sachsen-Weimar verließ Friedrichsruh mit dem Schnellzug. Fürst Bismarck geleitete ihn bis an den Zug. Der Großherzog und der Fürst umarmten und küßten einander.

Friedrichsruh. Beim Abschied drückte der Großherzog von Sachsen-Weimar dem Fürsten Bismarck die Hand und sagte: „Gott sei mit Ihnen! Ich danke Ew. Durchlaucht für Ihre Freundschaft." Zuletzt küßten sich der Großherzog und der Fürst herzlich. Am Fenster stehend grüßte hierauf der Großherzog nochmals den Fürsten Bismarck, welcher militärisch salutirend stehen blieb, bis sich der Zug den Blicken entzog. Am Parkthor unterhielt sich der Fürst mit dem zahlreich anwesenden Publikum zehn Minuten lang.

Kiel. Bei dem gestrigen Diner im Yachtenklub trank der Kaiser auf das Wohl des Königs der Belgier und theilte mit, daß er den König zum Ehrenmitgliede des kaiserlichen Yachtenklubs ernannt habe. König Leopold dankte für die Auszeichnung und betonte, daß er bereits früher vor 20 Jahren Kiel besucht habe, das damals klein gewesen sei und in dessen Hafen sich nur wenige Kriegsschiffe befunden hätten. Jetzt sei Kiel ein Kriegshafen und die Flotte habe einen gewaltigen Aufschwung genommen, worüber er sich von Herzen freue. Dieser Aufschwung sei das Verdienst des großen Kaisers Wilhelm's I., aber nicht minder der rastlosen Bemühungen Kaiser Wilhelm's II. Der König schloß mit einem Hoch auf den Kaiser.

Kiel. „König Wilhelm" mit dem Prinzen Heinrich an Bord ist von England kommend heute Nachmittag im Hafen von Kiel eingelaufen. Prinz Heinrich begab sich zunächst zum Kaiser an Bord der „Hohenzollern" und begrüßte dann den König der Belgier an Bord der „Clementine". Dieser erwiederte den Besuch auf dem „König Wilhelm", wo er mit Salutschüssen empfangen wurde.

Hamburg. Bezüglich der Auflösung des Cirkus Renz theilt Direktor Renz mit, daß er sich zu diesem ihm sehr schwer fallenden Beschluß in erster Reihe durch seinen leidenden Gesundheitszustand veranlaßt sehe, der ihm die Fortführung des überaus schwierigen Geschäfts um so weniger gestatte, als seine treueste Stütze, sein Vetter Robert Renz nicht mehr mitarbeiten könne. Die drei Cirkusgebäude in Berlin, Breslau, Hamburg, sowie das kolossale lebende und todte Inventar, das etwa einen Werth von einer Million Mark repräsentirt, sollen verkauft werden.

Meine Frau sagt: **Triumph-Seife** ist doch die beste für Wäsche und Haushalt